Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

114 (8.3.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 114 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Freitag, 8. März 1918** — 77. Jahrgang. — **Abendblatt.**

Neue Staatengebilde in Rußland.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 8. März. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern

Bei Durchführung erfolgreicher Erkundungen wurden östlich von Merkhem 30 Belgier, nordöstlich von Festubert 23 Engländer gefangen genommen. Der Artillerie- und Minenwerferkampf lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf.

Front des deutschen Kronprinzen.

Sturmabteilungen brachten von einem Vorstoß östlich von La Neuvilde (südlich von Berry au Bac) eine Anzahl gefangener Franzosen zurück. Im Uebrigen blieb die Gefechtstätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt, das sich auf dem westlichen Maasufer vorübergehend steigerte.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

An der lothringischen Front entwickelte die französische Artillerie zwischen Selle und Plaine rege Tätigkeit.

* * *

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 8. März. Amtlich.

Neue U-Bootserfolge im Sperrgebiet um England

18000 B.-R.-T. versenkt.

Von den versenkten Schiffen wurden zwei tief beladene Dampfer im Aermelkanal aus einem großen, stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Haltung Dänemarks.

() Berlin, 7. März. Im Fall Igotz Mendi hat Dänemark einer dänischen Bergungsgesellschaft verboten, der deutschen Prise Hilfe zu leisten. Sollte dieses Verbot der Erwägung entsprungen sein, daß es einem neutralen Staat verwehrt sei, Handlungen in seinen Gewässern zuzulassen, die eine Unterstützung der Tätigkeit einer Prise bedeuten, so muß man sich wundern, daß Dänemark diesen Grundsatz nicht auch englischen Prisen gegenüber zur Geltung gebracht hat. In einem Falle, in dem eine englische Prise dänische Gewässer angelaufen hat, hat das Schiff dort die Unterstützung gefunden, ohne die es seine Reise nicht fortsetzen konnte. Am 19. März 1915 lief nämlich der Dampfer „Kong Inge", der auf der Fahrt nach einem deutschen Hafen von einem englischen U-Boote aufgebracht worden war, aus Kohlennot als englische Prise den dänischen Hafen Frederikshavn an. Das Schiff erhielt dort anstandslos Kohlen, um die Reise nach Leith fortsetzen zu können, und fuhr noch am Abend des 19. März ab. Man fragt sich vergeblich, warum die Dänen gestattet haben, daß der englischen Prise „Kong Inge" die für ihre Weiterfahrt notwendige Unterstützung zuteil wurde, sie dagegen die Unterstützung der deutschen Prise Igotz Mendi verboten haben.

Die Luftangriffe auf Nancy.

WTB. Bern, 3. März. Nichtamtlich. Wie „Republicain de Lyon" aus Nancy meldet, sind infolge des deutschen Luftangriffes außer den festgestellten 20 Toten und Verwundeten noch eine Anzahl von Personen unter den Trümmern verschüttet. Die Aufräumungsarbeiten können nur langsam gefördert werden, da man den völligen Zusammenbruch der halbzerstörten Häuser vermeiden will.

Neue Staatengebilde in Rußland.

WTB. Bern, 8. März. Der „Progreß de Lyon" meldet aus Paris, zwischen Dnjestr und Pruth habe sich eine Moldau-Republik mit der Hauptstadt Kischinew gebildet.

WTB. Amsterdam, 8. März. „Central News" erfahren aus Tokio vom 6 März, daß bei den Unterhandlungen in Peking die Errichtung einer unabhängigen Regierung in Ostsibirien unter dem Fürsten Lwow als ersten Minister beschlossen wurde. Charbin werde Hauptstadt. In wohlunterrichteten Londoner Kreisen zweifelt man stark an der Richtigkeit der Meldung, hält aber immerhin eine Entwickelung der Verhältnisse in dieser Richtung für möglich.

Die deutsche Hilfe für Finnland.

() Berlin, 8. März. Im „Berliner Tageblatt" schreibt General Baron Ardenne: Die Befürchtung, als ob unsere jetzt tatkräftig eingeleitete Hilfe für Finnland bedeutende Heereskräfte in Anspruch nehmen könnte, ist hinfällig. In der Hauptsache wird unsere Unterstützung sich auf die Zufuhr von Waffen, Munition, Heeresgerät und Verpflegung erstrecken.

Die Aalandsinseln.

WTB. Stockholm, 7. März. Nach einer Mitteilung aus Wasa beschloß der finnische Senat die Aalandsinseln zu einem selbständigen Bezirk innerhalb der finnischen Republik unter einem Landhövding zu machen. Laut „Politiken" hat die revolutionäre Regierung in Helsingfors gegen die Besetzung der Aalandsinseln durch Schweden protestieren lassen, da es sich hierbei um finnisches Gebiet handele.

Englands neuester Friedensfühler.

NO. Berlin, 8. März.

Die Diplomatie der Entente hat viele Eisen im Feuer. Sie hält sie alle am Glühen und zieht bald das eine, bald das andere aus der Glut des Weltbrandes, um den Versuch zu machen, daraus den Frieden zu schmieden, von dem sie dort immer noch träumen. Bald predigt uns Herr Wilson Moral, um uns den Sieg als eine abscheuliche Erfindung des preußischen Militarismus zu verekeln, bald tritt uns Lloyd George als der Strafrichter entgegen, der uns für den Fall weiterer Halsstarrigkeit schreckliche Buße und Sühne androht. Dann tritt wieder einmal Clemenceau auf den Plan und inszeniert mit Pichon zusammen eine große Hetze gegen den deutschen Moloch, und ihm sekundiert gelegentlich wohl auch Orlando in der italienischen Kammer oder irgendein Hetzapostel im englischen Unterhaus. Man gewinnt aber doch den Eindruck, daß die Entente ihr Spiel mit der Hetzpeitsche nicht mehr zu gewinnen hofft. Wo sie noch geschwungen wird, braucht man sie wohl nur noch, um dem erlahmenden Kriegswillen im eigenen Lande wieder etwas auf die Beine zu helfen. Im Vordergrunde steht eigentlich mehr die sanftere Tonart. Es bereitet sich hier offenbar der Zusammenbruch eines kühnen Luftschlosses vor, das die Redekünstler der Entente ihren Völkern lange Zeit vorgezaubert hatten: ein Luftschloß, auf dem die siegreiche Flagge der Entente stolz im Winde flatterte. Wie sagt Lord Lansdowne in seinem jüngsten Briefe? „Kein Mensch wird glauben, daß man derartige Probleme — Frankreichs und Italiens Ansprüche auf deutsches und österreichisches Gebiet — während der Krieg noch andauert, in absehbarer Zeit lösen kann." Wenn also der Krieg nicht mehr hilft, so muß es mit anderen Mitteln versucht werden.

Der eben erwähnte Brief Lord Lansdownes ist ein Versuch dieser Art. Es ist immerhin bezeichnend, daß man diesen Mann vorschickt, um sein diplomatisches Glück zu versuchen. Es spricht daraus die kummervolle Einsicht unserer Gegner, daß die Zeit der Riesenbluffs von ehedem vorüber ist. Der deutsche Sieg im Osten ist in seinen Auswirkungen so mächtig, der Druck des U-Bootkrieges so groß, daß sich eine bescheidenere Sprache von selbst einstellt. Lord Lansdowne sucht nicht zu bluffen. Er sagt ziemlich klar und deutlich, unter welchen Bedingungen ungefähr nach seiner Ansicht, die wahrscheinlich nicht seine Privatsache ist, zu einer vertraulichen Aussprache über die Friedensmöglichkeit geschritten werden könnte. Folgendes ist die Grundlage: Belgien muß geräumt werden. Ist diese Räumung vollendete Tatsache, so will Lansdowne die italienischen und die französischen Ansprüche zusammen mit den britischen Ansprüchen auf türkisches Gebiet dem Friedenskongreß zur Entscheidung überlassen und erst in diesem Zusammenhang auch die Frage zur Debatte stellen, was aus den deutschen Kolonien werden soll. Es ist ganz deutlich, daß Lansdowne die Lösung der belgischen Frage von den Verhandlungen des Friedenskongresses vollkommen trennen will, denn er sagt ausdrücklich, erst wenn Deutschlands Heilung mit dem Verzicht auf Belgien begonnen habe, könne man den anderen besetzten Gebieten eine gleiche Behandlung zuteil werden lassen. Lord Lansdowne macht in seinem Briefe viel Worte. Sie

Bunte Chronik.

Der Schutz des „Künstlernamens". Nirgends sind „Künstlernamen", die keineswegs bloß von Künstlern beansprucht werden, so an der Tagesordnung, wie in Frankreich. Seit Jahrzehnten ist es bei einem großen Teil der Franzosen und Französinnen Mode, sich ein Pseudonym, einen „nom de guerre", beizulegen, und es ist bezeichnend für die republikanische Ueberzeugung dieser Leute, daß sie meist hochtrabende Namen mit den verschiedensten Adelsprädikaten wählen. Nun ist es wegen eines solchen Pseudonyms sogar zu einem Prozeß gekommen, der in Paris beträchtliches Aufsehen erregte. Eine Schauspielerin, die sich den Namen „de Maxa" beigelegt hatte, verklagte eine Kabaretsängerin, die sich ebenfalls de Maxa nannte. Im Laufe der Verhandlung mußte der langwierige Beweis dafür erbracht werden, daß die erste Frau de Maxa tatsächlich vor der zweiten Frau de Maxa den Namen gewählt hatte. Daraufhin gewann die erste den Prozeß, da das Gericht erklärte, daß das Pseudonym der gesetzlich geschützte Besitz desjenigen wird, der dem Namen zuerst eine gewisse Geltung verschafft hat, mag dies nun in der Kunstwelt oder im Geschäftsleben der Fall sein. Demnach darf man sich in Frankreich weiterhin die herrlichsten Namen beilegen, allerdings wird man auf Molière, Shakespeare und ähnliche Berühmtheiten verzichten müssen, da ja die verstorbenen Träger dieser Namen sich eine gewisse Geltung verschafft haben.

× **Neues zum Kampf gegen den Ersatzmittelschwindel.** Die neuesten Feststellungen, die R. Schwalbe im nächsten Heft der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" über die bisherigen Wege zur Bekämpfung schwindelhafter Ersatzmittel veröffentlicht, bringen den Nachweis, daß einerseits auf diesem Gebiete noch immer nicht die wünschenswerten Ergebnisse erzielt wurden, andererseits aber praktische Beispiele vorliegen, deren allgemeine Befolgung für die Gesundheit und den Geldbeutel der Bevölkerung von größtem Nutzen wären. Schwalbe geht von der Erkenntnis aus, daß nur die allgemeine Einführung der Konzessions- und Deklarationspflicht, wie sie fast gleichzeitig von den Magistraten der Städte Frankfurt a. M. und München für den Vertrieb von Ersatzmitteln angeordnet wurden, eine wirklich fühlbare Besserung gewährleisten könnte. Ein derartiger Vorschlag wurde aber vom Bundesrat abgelehnt wegen der angeblich allzu großen Schwierigkeiten, und das Kriegsernährungsamt schloß sich dieser Ansicht an, indem es erklärte, daß die Einrichtung einer Zentralstelle für das Reich eine zu umfangreiche Organisation erforderlich machen würde, für die man besonders wegen des Mangels an Nahrungsmittelchemikern die nötigen Kräfte außerordentlich schwer beschaffen könnte. Außerdem habe sich die Genehmigung eines Ersatzmittels auf Grund der Untersuchung einer Probe und der Prüfung seines Preises vielfach nicht bewährt. Denn oft sei eine derart genehmigte Ware nach einiger Zeit nicht mehr gut und preiswert gewesen. Man begnügte sich also mit der Errichtung einer Auskunftsstelle für Ersatzmittel, der die privaten Chemiker die Ergebnisse ihrer Untersuchungen stets sofort mitzuteilen haben. Es handelt sich aber dabei um eine wegen der fortwährenden Erkundigungen und Auskünfte ziemlich schwerfällig arbeitende Organisation, noch mehr aber fällt ins Gewicht, daß infolge der nachträglichen Untersuchungen und Feststellungen eine rechtzeitige Aufklärung und Warnung des Publikums gar nicht von ihr erstrebt und darum auch nicht erreicht wird. Der Kampf gegen den Ersatzmittelschwindel kann aber nur wirksam sein, wenn er offen und vorzüglich stets vor Verbreitung der Ware unternommen wird. Nicht die nachträgliche Verfolgung der in den Handel gebrachten Schwindelpräparate, sondern die Verhinderung des Vertriebes irreführender Ersatznahrungsmittel gewährleistet den notwendigen Schutz. Daher sind auf Grund der guten Erfahrungen, welche die Magistrate von Frankfurt a. M., München, Köln und neuerdings noch einigen anderen Städten mit der allgemeinen Konzessions- und Deklarationspflicht für Ersatzmittel gemacht haben, die Vorschriften gleicher Art für den ganzen Landesbereich von Baden, Württemberg, Sachsen, Bayern, Sachsen-Altenburg, und Schwarzburg-Sondershausen erlassen worden. Sämtlichen Erlassen ist die Bestimmung gemeinsam, daß eine Zentralstelle die Erlaubnis zum Vertrieb der Ersatzmittel zu verteilen hat. Von großem Vorteil ist auch noch, daß alle genehmigten oder verbotenen Ersatzmittel im Zentral- und Bezirks-Amtsblatt veröffentlicht werden. Diese Bekanntmachungen sind von höchstem Wert für das Publikum. Aus dem Amtsblatt für Sachsen-Altenburg z. B. konnte man entnehmen, daß dort von Anfang Juli bis Anfang Dezember vorigen Jahres 305 Ersatzmittel zugelassen, 455 andere aber, sämtlich mit Namen und Ort des Herstellers gekennzeichnet, verboten wurden. Da bei den zugelassenen Ersatzmitteln außerdem Inhalt, Gewicht und Kleinverkaufspreis angezeigt werden, kann das Publikum sich selbst an der Kontrolle beteiligen, wodurch der Kampf gegen den Schwindel noch doppelt so aussichtsreich gemacht wird. Es wäre also dringend geboten, daß sämtliche Bundesstaaten möglichst rasch und einheitlich diesem Beispiel Folge leisten.

× **Die schwarzen Kriegsgewinnler.** In den Vereinigten Staaten gibt es jetzt auch viele schwarze Kriegsgewinnler, da die Kriegswerkstätten auch Neger beschäftigen, ganz besonders in der Wollindustrie. Ein solcher schwarzer Kriegsgewinnler, so erzählt „Daily Chronicle", hatte sich in kurzer Zeit 3000 Dollars gespart, und bestellte sich nun ein Auto für 750 Dollars. Da die Ablieferung des Wagens nicht rechtzeitig erfolgte, kaufte er einen zweiten für 900 Dollars, und da er auch auf diesen lange warten mußte, erwarb er einen dritten für 1000 Dollars. So stehen gegenwärtig vor seiner kleinen ärmlichen Hütte nicht weniger als drei Privatautos. Ein anderer Neger ging in eine große Klavierfabrik und fragte nach dem Preis eines elektrischen Klaviers. „500 Dollars", sagte der Verkäufer und ging weiter, um einen Kunden zu bedienen. „Ich nehme das Klavier", rief der Neger. „Ach, Sie haben doch nicht das Geld dazu!" „Rufen Sie meine Bank an," sagte der Neger kaltblütig, und es wurde tatsächlich festgestellt, daß er ein Konto von 3000 Dollars hatte. Als er nun nach Abschluß des Kaufes sich zum Fortgehen anschickte, wandte er sich bei der Türe plötzlich nochmals um und sagte: „Oh, ich habe noch eine zweite Tochter, und ich möchte nicht, daß sie eifersüchtig wird. Senden Sie mir also lieber gleich zwei elektrische Klaviere."

alle aber gruppieren sich nur um den einen Satz: **Heraus mit Belgien.**

Es lohnt sich, diese Quintessenz der Weisheit Lord Lansdownes klar zu erfassen, da sein Brief zweifellos wieder auch in Deutschland als Friedensepistel bewertet und gefeiert werden wird. Wer aber wäre wirklich so kurzsichtig, um sich von dem Feuerwerk Lansdownes blenden zu lassen? Wer wüßte nicht, daß England sich von Bagdad und von Palästina her die langbegehrte Landbrücke von Aegypten nach Indien bis auf das Mittelstück schon ziemlich fest gebaut hat, und daß es diesen Schlußstein in dem Gebäude seiner Weltherrschaft auf belgischem Boden verteidigt? Wer sähe nicht, daß wir Englands Weltmachtstellung selbst garantieren helfen, wenn wir den einzigen Brückenkopf preisgeben, den wir seit seiner Einmischung in den Weltkrieg dank der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Truppen gegen England halten: Belgien? Der Brief Lord Lansdownes zeigt die Gefahr, auf die Dr. Stresemann kürzlich im Reichstag warnend aufmerksam gemacht hat, die Gefahr, daß unsere ganze Kriegspolitik gegen England zusammenbrechen müßte, wenn wir die belgische Frage aus dem Rahmen der großen Lösung vorwegnehmen. Lord Lansdowne spricht von Elsaß-Lothringen, von dem Trentinum, von den besetzten türkischen Kolonien als von den einzigen Verhandlungsgegenständen des Friedenskongresses. Wenn das wirklich die einzigen Verhandlungsgegenstände sein sollten, so würden wir die Zurückgewinnung unserer Kolonien so teuer bezahlen müssen, daß England ruhig in Bagdad und Palästina sitzen bleiben und sich seine Brücke fertigbauen könnte. Nein, edler Lord, mit solchen Vorschlägen haben Sie kein Glück! Wenn Graf Hertling von der Möglichkeit einer Zwiesprache über Belgien redete, so hat er sicherlich nicht die belgische Frage England in die Hand spielen wollen. Der deutsche Reichskanzler hat ausdrücklich, wie seine Vorgänger, betont, daß wir in Belgien Sicherungen haben müssen. Um Englands weltbeherrschende Stellung geht der Kampf. Und was dabei Belgien zu bedeuten hat, ist jedem Deutschen klar. Durch Schwatzen und Zureden und Briefeschreiben sind wir aus dem Brückenkopf Belgien nicht zu vertreiben. Wollen die Engländer unsere belgischen Bedingungen nicht anerkennen, so werden sie den Kampf wagen müssen, der im Westen bevorsteht. Auch hier wird, wenn der Worte genug gewechselt sind, das Schwert das letzte Wort haben.

Die englische Presse über den zweiten Brief Lansdownes.

t. **Haag**, 6. März. Reuter berichtet aus London: Der zweite Brief Lansdownes hat in den englischen Blättern wenig Interesse gefunden. Die meisten lehnen ihn ab. Reuter führt zum Beweise hierfür den „Daily Chronicle" an, der u.a. schreibt: Der wichtigste Teil des Briefes beschäftigt sich mit Hertlings Aeußerungen über Belgien. Lansdowne scheint aber nicht begriffen zu haben, daß es Hertlings Absicht nicht gewesen ist, die unabhängige Souveränität Belgiens herzustellen, sondern daß er lediglich die Wiederherstellung der erzwungenen Neutralität Belgiens will, damit verhindert werde, daß Belgien mit seinen jetzigen Verbündeten auch weiterhin verbunden bleibt. Die Berechtigung der früheren erzwungenen Neutralität Belgiens beruhte darauf, daß die Mächte diese Neutralität garantiert haben. Diese Berechtigung verschwand in dem Augenblick, als Deutschland, ohne heraus gefordert zu sein, diese Garantie brach, und es wäre abscheulich, wenn man fordern wollte, daß diejenigen, die dieses Uebel auf dem Gewissen haben, ihr Opfer zwingen sollten, sich der schützenden Bündnisse zu entsagen. — „Daily Graphic" erklärt, Lansdowne beleidige sein Land, soweit er es mit seinen schwachen Kräften könne. Die Familie Lansdownes täte gut daran, sich seiner anzunehmen, um die Ehre des alten Geschlechts zu retten.

WTB. **Rotterdam**, 8. März. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß gestern in einer Versammlung zur Unterstützung der Vorschläge Lansdownes der Herausgeber der Wochenschrift „Economist" Heart ausführte: Lansdownes Ansichten würden jetzt vermutlich von der Mehrheit der denkenden Menschen im Vereinigten Königreich geteilt. Die Politik eines entscheidenden Sieges, sei ein schwerer Schlag für viele ehrliche Menschen, die glaubten, daß England an diesem Kriege teilnahm, um einen gerechten Frieden zu erhalten. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß Lansdowne bald von einer öffentlichen Rednertribüne sprechen wird. (Beifall.) Es wurde der Antrag gestellt, Lansdowne für seinen zweiten Brief den Dank auszusprechen, und beschlossen, im ganzen Land derartige Versammlungen abzuhalten. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, daß Lansdowne selbst deren Leitung übernehmen werde.

Wie England die Neutralen vergewaltigt.

)(**Berlin**, 7. März. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt halbamtlich: Bekanntlich hat die Durchfuhr von Sand und Kies durch Holland, die Deutschland auf Grund der Rheinschiffahrtsakte beanspruchen konnte und die Holland auch stets zugelassen hatte, den Zorn Englands erregt. Dieser Zorn gegenüber Holland machte sich in der plötzlichen Unterbindung des holländischen Telegrammverkehrs nach Uebersee im vergangenen Jahre Luft, eine Sperre, die von der englischen Zensur vorsichtigerweise auch auf alle holländischen Geschäftsbriefe von Uebersee ausgedehnt wurde. Außerdem überschüttete die englische Regierung die holländische mit Noten, die zwar eine überwältigende Unkenntnis aller einschlägigen internationalen Bestimmungen und Abkommen verrieten, dafür aber in einen Ton gehalten waren, wie ihn England eben nur von ihm „beschützten kleinen Staaten" gegenüber sich erdreistet. Weder die Sperre, noch der rügende Ton, noch endlich die Interviews und anderer wenig gelungene amtliche Aeußerungen des englischen Gesandten in Haag an die holländische Presse vermochten den gewünschten Eindruck auf die holländische Regierung auszuüben. Umso erfreulicher erscheint es, daß unsere Lage uns zur Zeit gestattet, einstweilen von der Ausübung des Rechtes absehen zu können. So nehmen wir England den Scheingrund zur rücksichtslosen Behandlung seiner niederländischen Nachbarn und können hoffen, ihm dadurch seine Stellung England gegenüber einigermaßen zu erleichtern. Allerdings wird nach den bisherigen Erfahrungen die groß-britanische Regierung kaum um einen Grund verlegen sein, wenn es ihr passen sollte, den Holländern das Leben sauer zu machen.

Carson und Geddes über die Entlassung Jellicoes.

:: **Rotterdam**, 8. März. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Im Unterhaus fragte George Lambert den Ersten Lord der Admiralität, Geddes, ob seine Reformierung der Admiralität nur ein Vorwand dafür gewesen sei, Jllicoe entlassen zu können. Außerdem fragte er Sir Carson, ob er als Mitglied des Kriegskabinetts bei der Entlassung Jellicoes zu Rate gezogen worden sei. Carson antwortete, daß man ihn nicht um Rat gefragt habe, und lobte im Anschluß hieran die Tüchtigkeit Jellicoes. Er erklärte ferner, daß auf ihn, solange er Erster Lord der Admiralität war, wiederholt Druck ausgeübt worden sei, damit er bekannte hochgestellte Personen, u. a. auch Jllicoe, entlasse. Er habe diesem Druck nie nachgegeben. Soviel er wisse, sei das Kriegskabinett wegen Jellicoe überhaupt nicht um seine Meinung gefragt worden. Er bekenne vor das Land, es möge doch einsehen, daß Angriffe der Presse auf hochgestellte Personen, die ihre Pflicht erfüllt haben, die Regierung schwächen müßten. Jede Regierung solle in Zukunft die drastischsten Maßregeln ergreifen, um zu verhindern, daß amtliche Personen in dieser Weise verleumdet werden. Die Entlassung Jellicoes sei ein Unglück für die Nation. Es wäre eine Schande, wenn die Talente des bedeutenden Flottenführers Englands auch nur einen Tag ungenutzt blieben. Geddes stimmte in einer kurzen Rede den Ausführungen Carsons über die Angriffe der Presse bei und teilte mit, welche Maßregeln ergriffen worden seien, um einer Wiederholung vorzubeugen. Er nahm die Verantwortung für die Entlassung Jellicoes auf sich und sagte, er habe sich vorher mit einigen Mitgliedern des Kriegskabinetts beraten. Es bestehe die Absicht, sich der großen Talente Allicoes wieder zu bedienen, sobald sich dazu eine Gelegenheit ergebe. Zum Schluß erklärte Bonar Law, daß die Regierung darüber entscheiden müsse, wer ein Amt zu bekleiden habe, das für die Sicherheit des Landes von der allergrößten Bedeutung sei. Er stellte in Abrede, daß das Kriegskabinett als Ganzes die Verantwortung für solche Entscheidungen tragen müsse. Es habe immer als loyal gegolten, daß jeder Minister für die ihm unterstellten Personen verantwortlich sei. In Fällen wie dem hier behandelten ziehe der betreffende Minister stets den Premierminister zu Rate. Sowohl Carson als auch Bonar Law erklärten, daß auf sie von seiten der Presse kein Druck ausgeübt worden sei.

Aus dem Reich.

Die Arbeitgeberverbände und die sozialpolitischen Vorlagen der Regierung.

)(**Berlin**, 7. März. Die am 7. März unter dem Vorsitz des Mitgliedes des Direktoriums der Friedr. Krupp, Aktiengesellschaft, Dr. Sorge abgehaltene Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nahm Stellung zu den gegenwärtigen sozialpolitischen Vorlagen der Regierung. Wenngleich die Vereinigung schwere Bedenken hat, ob auf dem geplanten Wege der Errichtung von Arbeitskammern dem allseitigen angestrebten Ziele des wirtschaftlichen Friedens gedient wird, erklärt sie sich doch bereit, bei der Beratung des Gesetzentwurfes mitzuarbeiten. Mit aller Entschiedenheit erklärt sich die Vereinigung gegen die in Aussicht gestellte Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, weil diese Aufhebung eine weitere Verwilderung der Wirtschaftskämpfe zur Folge haben müsse. Hinsichtlich der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer in ihre früheren Stellen erklären die in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen Arbeitgeber es für ihre Ehrenpflicht, ihre ehemalige Angestellten und Arbeiter, soweit es die Betriebsverhältnisse ermöglichen, wieder einzustellen. Eine etwaige gesetzliche Einstellungspflicht dagegen würde für beide Teile, für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von überaus nachteiliger Wirkung sein.

Der Geschäftsbericht, den Syndikus Dr. Tänzler erstattete, berührt die besonders umfangreiche und vielseitige Tätigkeit der Vereinigung im vergangenen Jahre, namentlich die Aufgaben, die sich, mit der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, der Kriegsbeschädigtenfürsorge, den Vorbereitungen zur Demobilisierung usw. beschäftigten, und die Vereinigung in enge Fühlungnahme mit den kriegswirtschaftlichen Stellen und Behörden führte. Ueber die Forderungen für die Uebergangszeit zur künftigen Friedenswirtschaft hat die Vereinigung ein Programm aufgestellt, das als Denkschrift verbreitet wird.

Auf dem Felde der Ehre gefallen

ist bei erfolgreichem Vorstoß in die feindliche Stellung Leutnant Hans Markmann, Ritter des Ordens Pour le mérite, des Königl. Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, des Eisernen Kreuzes 2. und 1. Klasse und des Herzoglich Braunschweigischen Kriegsverdienstkreuzes. Den ihm von Sr. Majestät dem Kaiser für seine großen Erfolge als Führer von Stoßtrupps und seine oft bewiesene außergewöhnliche und vorbildliche Tapferkeit erst vor einigen Tagen verliehenen Orden Pour le mérite zum ersten Male in den Feind tragend, starb er den Heldentod.

Badischer Landtag.

37. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

△ **Karlsruhe**, 8. März.

Präsident **Kopf** eröffnete um 9 Uhr 20 die Sitzung und verlas die Eingänge. Das Haus setzte

die Einzelberatung des Voranschlags des Ministeriums des Innern

fort.

Abg. Dr. **Bock** (natl.): In den letzten Jahren war der Ertrag des Weinbaues schlecht. Der Grund davon lag nicht in der Degeneration der Reben, sondern in dem Auftreten der Schädlinge. Kupfer, Schwefel sind beschränkt, dabei werden sie nicht entsprechend verteilt; denn die Sorten, die in Baden gebaut werden, sind empfindlicher, als die in anderen Ländern. Für die Bekämpfung der Peronospora geschieht zu wenig. Große Verdienste um den Weinbau hat in Baden sich Herr Karl Müller-Augustenberg erworben, der das vollste Vertrauen der Winzerschaft besitzt. Die Belehrung allein genügt aber nicht, es müssen Musterbetriebe in den Weinbaugegenden angelegt werden. Wenn die Regierung solche Musterbetriebe nicht selbst führen kann, möchte sie die Winzer damit betrauen; vielleicht könnte die Landwirtschaftskammer sie übernehmen. Der Qualitätsbau sollte beibehalten werden; daneben sollte man den Anbau der Hybriden zur Produktion des billigen Landweines ermöglichen. Man sollte den Winzern gestatten, einen Teil ihres Landes mit Hybriden anzubauen. Das Reblausgesetz wurde in Baden immer streng gehandhabt, trotzdem hat Baden die meisten Hybridenreben. Man hat den Anbau der Amerikanerreben bestraft, die Reben aber belassen und diese Reben haben jetzt einen guten Ertrag geliefert. Die Lösung des Problems, eine widerstandsfähige ertragsreiche Rebe zu schaffen, ist jetzt verheißungsvoller als je. Die Rebzuchtanstalt auf dem Jesuitenschlößchen bei Freiburg muß reich ausgestattet werden. Empfehlenswert wäre die Unterstützung wirtschaftlich schwacher Personen bei Einführung moderner Anlagen. Alle Maßnahmen zur Förderung des Weinbaues gehören unter eine einheitliche Leitung; hierzu wäre ein Weinbauinstitut notwendig. Für ein solches Institut wäre Müllheim am geeignetsten, wo auch Weinberge zu haben sind. Die Weinsteuer kann nur im Ausbau mit den Schutzzöllen behandelt werden. Bei der Steuer muß der Wert des Weines, nicht die Menge berücksichtigt werden. (Beifall.)

Abg. **Müller**-Eppingen (R. V.): Wir hoffen, daß wenn die Russen vom Lande weggekommen, sie durch andere Gefangene ersetzt werden. Auch sollte dafür gesorgt werden, daß die Mannschaften über 45 Jahren entlassen werden. Der Getreidebau ist nicht rentabel. Für Ferkel sollten Höchstpreise eingeführt werden. Ziegenzucht und Weinbau müssen gefördert werden.

Abg. **Rehm** (natl.): Große Unzufriedenheit herrscht im Bezirke Emmendingen über die Höchstpreise für Nüsse, im Elsaß sind diese höher. Auch im Bezirke Emmendingen hat die Festsetzung der Kirschwasserhöchstpreise Unzufriedenheit erregt. Es wird in diesem Frühjahr nicht möglich sein, die Schälwälder zu besorgen, wenn keine Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Die Anpflanzung von Amerikanerreben sollte gestattet werden; auch sollten die Geflügelhalter das notwendige Futter erhalten. Die Viehzucht ist durch die große Schlachtvieblieferung sehr geschädigt. Hier müssen die Zuchtgenossenschaften die Lücken wieder ausfüllen und die Regierung sollte sie dabei unterstützen. (Beifall.)

Abg. **Ringwald** (natl.): Auch ich möchte die Gestattung der Einführung der Amerikanerreben fordern. Die Flurschäden, die durch die Einquartierung veranlaßt werden, sind bedeutend, so namentlich in Ebringen, wo die Wiesen verheert wurden. Die Regierung sollte hier auf mehr Schonung dringen. Ich möchte auch bitten, schonend bei dem Einziehen der Brennkessel vorzugehen. (Beifall.)

Abg. **Bechtold** (Soz.) wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Hertle über die städtischen Gutswirtschaften und führte aus, diese würden nach dem Kriege noch mehr zunehmen. (Abg. Fischer: Das ist recht, dann bekommen wir noch höhere Preise.) Der Redner ging dann auf landwirtschaftliche Einzelfragen ein.

Abg. **Seubert** (Ztr.): Gegenüber den Ausführungen des Regierungsvertreters muß ich meine Behauptung aufrecht erhalten, daß der Amtsvorstand in Offenburg ein unnahbarer paschamäßiger Herr ist; er sollte der Bevölkerung gegenüber loyal verfahren. Der Redner besprach einen Fall Zapf zur Illustration seiner Behauptung.

Staatsminister Freiherr v. Bodman: Der Abg. Seubert hat von dem Amtsvorstand verlangt, daß er loyal verfahre. Loyal verfährt der, der nach dem Gesetze verfährt, illoyal der, der das nicht tut. (Lachen des Abg. Seubert.) Die Sache ist nicht zum Lachen, sie ist sehr ernst. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Sie (zu Abg. Seubert) haben einem Beamten vorgeworfen, daß er nicht loyal, daß er paschamäßig vorgegangen ist; das muß ich zurückweisen. Der Fall Zapf ist mir nicht bekannt; ich war leider nicht anwesend, als Sie ihn vorbrachten. Ich werde ihm aber nachgehen. Der Fall ist überdies dem Korpskommando der Gendarmerie weitergegeben worden. Der Amtsvorstand in Offenburg ist ein älterer verdienter Beamter, der seinen Kommunalverband gut verwaltet. Daß er unnahbar sei, diesen Vorwurf habe ich noch nie gehört. Amtmann Frank, über den sich Abg. Seubert auch beschwerte, war in Pforzheim-Land so beliebt, daß dort eine Unzufriedenheit entstand, als er versetzt wurde. Die Milchversorgung hat Amtmann Frank in Pforzheim mustergültig durchgeführt, ich kann mir nicht denken, daß dieser Beamte jetzt in Offenburg unbeliebt sei. Das Ausmahlen von Getreide, die Tätigkeit der Mühlenkontrolleure usw. sind sehr wichtige Fragen. In der Getreideablieferung sind wir leider kein Musterland, wir haben nur 26 Proz. abgeliefert, das Reich 52 Proz., Preußen 51 Proz. usw. Die Mühlenkontrolle hat vielfach Unregelmäßigkeiten ergeben. Ich habe den Bezirksämtern sagen müssen, daß sie nicht mit genügendem Nachdruck vorgehen. Wenn die Brotrationen herabgesetzt werden müßten, würde das große Unzufriedenheit ergeben. (Lebhafte Zustimmung.) Auf die Zufuhren aus der Ukraine und Rumänien dürfen wir uns nicht verlassen. Die Verkehrsschwierigkeiten sind so groß, daß wir erst allmählig auf das Eintreffen von Nahrungsmitteln aus diesen Ländern hoffen dürfen. Die Abgeordneten hätten nach meiner Ansicht, die Verpflichtung, ihrerseits dahin zu wirken, daß die Vorschriften durchgeführt und von allen Beteiligten beachtet werden. (Lebhafte Zustimmung.) In seinen weiteren Ausführungen befaßte sich der Staatsminister mit den vorgebrachten Einzelwünschen.

Abg. **Röckel** (Ztr.) erklärte dem Abg. Seubert, er hätte im Falle Zapf bei Entgegennahme der Beschwerde vorsichtiger sein sollen. Er habe auch übersehen, daß die Beamten einen schweren Dienst haben und daß die Bauern am wenigsten Verständnis für die Verordnungen haben, weil sie an Freiheit gewöhnt seien. Nach den Akten kann man dem Bezirksamte Offenburg keinen Vorwurf machen.

Abg. **Seubert** (Ztr.) stellte fest, daß er nicht zu den Ausführungen des Ministers gelacht habe. Den Wendungen „loyal" und „paschamäßig" dürfte man nicht die scharfe Deutung geben, wie der Staatsminister es getan hat. Die Topinambur, die gebrannt werden sollen, sind bereits eingemaischt. Es wäre doch nicht zu empfehlen, sie verderben zu lassen.

Staatsminister Freiherr v. **Bodman:** Wenn die Leute die Topinambur bereits eingemaischt haben, sollen sie ein Gesuch an das Ministerium machen; das Gesuch wird dann geprüft werden.

Abg. **Müller**-Weinheim (natl.): Die Spannung zwischen den Fleisch- und Viehpreisen ist zu hoch. Gegen eine Zwangsviehversicherung muß ich mich aussprechen, da der Landwirt schon genug Versicherungsbeiträge zu zahlen hat. Nun habe ich auch namens unserer Fraktion zu erklären, daß wir den Antrag Muser und Gen. auch in der Form, welche ihm die Kommission gegeben hat, ablehnen. Wir haben die Gründe, welche für und wider ihn sprechen, nochmals ernstlich geprüft und dabei gefunden, daß wenn dem Antrag in irgend einer Weise stattgegeben wird, auf die Dauer eine völlige Veränderung des Wesens der Kammer nicht ausbleiben kann.

Abg. **Morgenthaler** (Ztr.): Ich bitte nochmals um Erlaubnis des Brennens der Roßkartoffeln.

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.): Ich freue mich, daß jetzt die Bahn frei ist für die Lösung der Frage der Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee.

Abg. **Neck** (natl.): Seit Durchführung der Rheinregulierung werden die in den Niederungen gelegenen Gemarkungen durch Hervortreten von Grundwasser viel häufiger geschädigt, als dies früher der Fall war. Der Schaden, welcher den Rheingemeinden in den letzten Jahren entstanden ist, berechnet sich nach Millionen. Die Techniker bestreiten, daß heran die Regulierung des Rheines Schuld ist, aber die Tatsache der häufigeren Ueberschwemmung ist nicht zu bestreiten. Im Interesse der Volksernährung muß auch hier zur Ableitung des Grundwassers eine durchgreifende Verbesserung kommen. Solche wird nur möglich sein durch Schaffung von Einrichtungen, die es ermöglichen, das hinter den Dämmen hervortretende Grundwasser zu sammeln, und es dann mittelst Schöpfwerke oder hydraulischen Druck dem Rheinstrom wieder zuzuführen. Von sachverständiger Seite wird versichert, daß durch Schaffung dieser Einrichtung außer einer ergiebigeren und sicheren Ausnutzung der tiefer gelegenen Felder die Möglichkeit besteht, große Ländereien trocken zu legen, sie zu kultivieren und der allgemeinen Bewirtschaftung zuzuführen.

Staatsminister Freiherr v. **Bodman:** Ich erwidere das Vertrauen, das mir namens der Rheingemeinden im Amte Karlsruhe ausgesprochen wurde.

Staatsrat Dr. **Krems:** Wir werden die Klagen wegen der Rheinregulierung prüfen. Möglich ist, daß die Mißstände nicht auf die Rheinregulierung zurückzuführen sind, daß es sich um Bergwasser handelt, daß eine Stauung des Rheinwassers erfolgt. Die Untersuchungen sind noch im Gange.

Abg. Dr. **Koch** (nat.-lib.): Bei der Beratung des Voranschlags der Forst- und Domänendirektion hat die Frage der Vermehrung des landwirtschaftlichen Geländes durch vermehrte Ausstockung am Wald eine Rolle gespielt und der Herr Finanzminister hat erfreulicherweise zugesagt, daß die Regierung gegenüber den seiner Zeit schwebenden Plänen — ich erwähne als für uns im Unterland wichtig die beabsichtigten Ausstockungen im Ketscher Wald und im Wald zwischen Walldorf und Sandhausen — wohlwollend entgegenkommen werde. In gleicher Richtung arbeitet die Direktion des Wasser- und Straßenbaus durch Förderung von Urbarmachung von Oedland und Verbesserung schlechten Landes, wozu uns die Kulturinspektionen zur Verfügung stehen. Die Kulturinspektionen haben die Aufgabe, Unternehmungen der Landeskultur anzuregen und zu fördern. Sie übernehmen auch die Vorarbeiten für derlei Anlagen, fertigen und leiten die Bauausführung. Dies tun sie nicht nur bei staatlichen Arbeiten, was selbstverständlich, sondern auch bei Gemeinden und m. E. auch Privaten. In frühern Jahren hat nun der Staat in solchen Fällen an den entstehenden Kosten einen Teil auf sich behalten. Dies hat nach und nach aufgehört oder ist doch mindestens erheblich eingeschränkt worden. Das Interesse der Allgemeinheit ist so groß, daß mir die Frage berechtigt erscheint, daß die Staatskasse künftig bei solchen Ausführungen von Kulturarbeiten mehr entgegenkommt, und daß sie vor allem durch vollständige Uebernahme der Kosten der Vorbereitungs- und Planarbeiten die Neigung der Beteiligten fördert, an solche Arbeiten heranzutreten.

Abg. **Belzer** (Zentr.) brachte Klagen der Gemeinden der obern Hardt vor über fortschreitende Versumpfung ihrer Wiesen durch die Rheinregulierung.

Abg. **Herbster** (nat.-lib.): Im Oberlande erwartet man eine Verbilligung der Elektrizität. Statt dessen erhält man jetzt eine Verteuerung, in dem ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben wird, auch da, wo Verträge bestehen. Ich bitte hier das Interesse der Beteiligten Gemeinden zu unterstützen gegenüber dem Kraftwerk Rheinfelden, auch in der Hinsicht, daß die projektierten Verträge bald abgeschlossen werden.

Staatsrat Dr. **Krems:** Abg. Dr. Koch hat geklagt, daß die Regierung nicht mehr so geneigt sei, Kulturunternehmungen zu unterstützen und er hat dafür Zahlen vorgebracht. Diese Zahlen müssen aber Zufallszahlen sein, denn eine Absicht der Regierung liegt nicht vor. Sie verkennt in keiner Weise die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Aufgaben. Bei Moorkulturen kommt die Entwässerung für Frage. Dazu gewährt das Wassergesetz nötige Handhabe zu Zwangsmaßnahmen.

Abg. **Bitter** (nat.-lib.) hat um wohlwollendes Entgegenkommen bei Prüfung der Bitte der Arbeiter des Porphyrwerkes Dossenheim um eine Erhöhung ihrer Löhne.

Die Abgg. **Hertle** (R. V.) und **Schirmeister** (Zentr.) brachten örtliche Beschwerden vor.

Staatsrat Dr. **Krems:** Mit den Arbeitern des Porphyrwerkes Dossenheim finden Verhandlungen wegen der Lohnerhöhung statt. Diese

Arbeiter nehmen vollständig an den Teuerungsbeihilfen teil, es sind ihnen schon 110 000 M bewilligt worden.

Die einzelnen aufgerufenen Posten des Voranschlages des Ministeriums wurden genehmigt. Der Berichterstatter Dr. Schofer verzichtete auf das Schlußwort.

Abg. Muser (F. Vp.) vertrat als Antragsteller im Schlußworte nochmals den Antrag auf Zulassung von Städtevertretern in der Landwirtschaftskammer.

Staatsminister Freiherr v. Bodman stellte gegenüber seinem Vorredner fest, daß er nicht sich dagegen geäußert habe, daß die Städte in der Landwirtschaftskammer vertreten sein sollten, sondern nur darauf, daß ihnen ein besonderes Recht dafür verliehen werde und dagegen, daß die Städtevertreter als Vertreter der Verbraucher in die Landwirtschaftskammer entsandt werden.

Abg. Seubert (Zentr.) hatte für seine Interpellation über die Brennkessel und für seinen Antrag über das Brennen der Topinambur das Schlußwort.

Darauf wurde der Voranschlag des Ministeriums des Innern einstimmig genehmigt.

Der Antrag Muser über die Vertretung der Städte in der Landwirtschaftskammer wurde gegen die Stimmen der Fortschrittler und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Antrag Seubert über das Brennen der Topinambur wurde mit 25 Stimmen der Rechten und 20 Stimmen der Linken angenommen.

Abg. Rehm (natl.) berichtete für die Kommission über den Gesetzentwurf, die Amtsdauer der Mitglieder des Bezirksrats betreffend. Der Gesetzentwurf bezweckt die Hinausschiebung des Termins zur Ernennung der Bezirksratsmitglieder bis nach dem Kriege. Die Kommission beantragte die Genehmigung. Das Haus beschloß dementsprechend.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Kammer beschloß, sich zu vertagen und die Bestimmung der nächsten Sitzung dem Präsidenten zu überlassen.

Schluß der Sitzung 11¾ Uhr.

Aus dem Großherzogtum.

* **Mannheim**, 7. März. Das stellvertretende Generalkommando des 14. Armeekorps hat lt. „Frkf. Ztg." das Weitererscheinen der „Volksstimme" wegen wiederholter Zuwiderhandlungen gegen ausdrücklich erlassene Anordnungen auf die Dauer von drei Tagen verboten.

+ **Freiburg**, 7. März. Am kommenden Sonntag den 10. März wird von den Kanzeln aller kath. Kirchen ein Hirtenschreiben des Erzbischofs verlesen, welches dazu auffordert, mitzuhelfen, daß den geistesschwachen und nicht vollsinnigen Kindern eine liebevolle Unterkunft und Erziehung geboten werden kan. Neben der St. Josephsanstalt in Herten bei Basel, die z. Zt. mehr als 500 solcher bedauernswerter Kinder beherbergt, soll in Buchen, im Frankenlande eine neue Anstalt errichtet werden. Die Stadtgemeinde Buchen hat dazu einen Baugrund unentgeltlich zur Verfügung gestellt und zur Errichtung und zum Betrieb der Anstalt hat sich im Benehmen mit dem Erzbischöfl. Ordinariat ein Verein von Geistlichen und Laien gebildet. Die Vorarbeiten waren schon soweit gediehen, daß im Herbst 1914 mit dem Bau hätte begonnen werden können. Der Krieg hat das aber verhindert. Das Werk soll aber jetzt derart gefördert werden, daß es mit Kriegsende in Angriff genommen werden kann. Dafür wird nun am Passionssonntag den 17. März in allen Kirchen der Erzdiöse eine Sammlung abgehalten.

Prinzessin Amelie zu Fürstenberg †.

⊙ **Baden-Baden**, 8. März. Die Prinzessin Amelie zu Fürstenberg, die Schwester des im Jahre 1896 verstorbenen 7. Fürsten Karl Egon zu Fürstenberg, ist heute mittag im Alter von 69 Jahren aus dem Leben geschieden.

Die verstorbene Prinzessin war eine Tochter des verstorbenen 6. Fürsten Karl Egon zu Fürstenberg und dessen Gemahlin Elisabeth Prinzessin Reuß ä. L. Da ihr Großvater, der 5. Fürst Karl Egon vermählt war mit Amalie, Prinzessin von Baden, einer Tochter des Großherzogs Karl Friedrich, war die verstorbene Prinzessin auch mit dem badischen Fürstenhaus verwandtschaftlich verbunden.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 8. März 1918.

= **Offiziersstellvertreter.** Wie aus einer Anfrage aus der nationalliberalen Fraktion des Reichstags vom Kriegsministerium mitgeteilt worden ist, ist durch einen Erlaß vom 11. Febr. 1918 bestimmt worden, daß sämtliche zu den Bezirkskommandos zurückbefohlenen Bezirksfeldwebel und Anwärter für diese Stellen, die früher Offiziersstellvertreter waren, wieder zu solchen bestellt werden dürfen. Durch diesen Erlaß wird einem seit langem aus den Kreisen der Bezirksfeldwebel geäußerten lebhaften Wunsche Rechnung getragen.

ep. **Konfirmation.** Der Konfirmandenunterricht geht seinem Abschluß entgegen. Es liegt ein großer Segen auf dieser Unterweisung, die das kindliche Wissen vertiefen, das Gemüt bereichern und den Willen zum Guten wecken und anspornen will. Es gibt keine Unterweisung, die so erziehlich ist wie der Konfirmandenunterricht. Und seine Bedeutung ist gerade in dieser Zeit gewachsen, in der so Schweres auch schon auf den jugendlichen Gemütern liegt, in der so viel Begeisterndes und Versuchliches auf die junge Seele einstürmt. Möge der Eindruck dieser Stunden ein nachhaltig segensreicher sein! Nun rückt der Konfirmationstag herbei. Auch dieser Tag steht mehr wie die Konfirmationstage der letzten Jahre im Schatten des Krieges. Viele Väter dürfen der Einsegnung ihres Kindes nicht anwohnen, das ist etwas Schweres für die Väter im Felde wie für die Kinder und ihre Mütter. Vieles, was sonst den Tag schmückte, muß wegfallen. Nur mit Mühe konnte manchen Kindern eine neue Kleidung verschafft werden, und das übliche Festessen muß ganz einfach sein. Diese Vereinfachung der Festfeier ist an sich kein Schade; es ist vor dem Kriege bei der Festfeier und in Geschenken ein Luxus getrieben worden, der das Gemüt des Kindes von der Hauptsache ablenkte und die starken Eindrücke des Tages abschwächte. Es ist vielmehr einem Manne köstlich, wenn er ein Joch in der Jugend trägt. So lernt unser junges Geschlecht von heute mehr das Innere und Innerliche schätzen, das unabhängig ist von äußerem Prunk und lautem Wesen. Möge die Jugend, die an den nächsten Sonntagen zum Altar schreitet, gefestigt durch die schwere Zeit, für die evangelische Gemeinde eine starke und eifrige Ersatzmannschaft sein, die ihrem Führer Christus lebenslang und treulich nachfolgt!

= **Großh. Hoftheater.** Die Erstaufführung des musikalischen Lustspiels „Frauenlist" von Hugo Röhr ist auf Dienstag, den 12. d. M. angesetzt. Es sind darin beschäftigt die Damen: von Meduna, Friedrich, Mosel-Tomschik und die Herren: Bussard, Ziegler und Seydel. Die Hauptpartie singt Hermann Eck. Leiter der Aufführung ist Alfred Lorentz.

= **Fußballsport.** Der Kriegsortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine hat für Sonntag den 17. März die Städtemannschaft aus Mannheim zu einem Spiele nach Karlsruhe gegen die hiesige Städtemannschaft verpflichtet. Um nun auch wirklich die besten Spieler in diese Städtemannschaft einzureihen, die der vorzüglichen Mannschaft Mannheims Stand halten soll, wird der Kriegsortsausschuß am kommenden Sonntag den 10. März, nachmittags ½3 Uhr, auf dem Spielplatze des Karlsruher Fußballvereins, gegenüber der Telegraphenkaserne, ein Auslesespiel stattfinden lassen zwischen zwei aus den besten Spielern der hiesigen Vereine zusammengestellten Mannschaften. Die A-Mannschaft besteht in der Mehrzahl aus Spielern von Phönix-Alemannia, worunter die Verteidigung dieses Vereins aus dem vorzüglichen Schöllhammer vom V. f. B., Frank Beiertheim und Schäfer F.-C. Mühlburg. Der Gegner (B-Mannschaft) setzt sich aus Spielern der übrigen hiesigen Mannschaften zusammen. Jedenfalls wird mit diesem Treffen wieder einmal ein außerordentlich guter Sport geboten.

Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes.

Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage des Stadtrats zugegangen, in der beantragt wird, der Bürgerausschuß wolle zustimmen, daß die Stadt Karlsruhe der Mittelstandshilfskasse des Kreises Karlsruhe gegenüber die Bürgschaft bis zum Höchstbetrage von 500 000 M übernimmt und der etwa erforderliche Aufwand mit Anlehensmitteln bestritten wird.

In der Begründung

dieser Vorlage heißt es u. a.:

Unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges haben am meisten der gewerbliche Mittelstand und die sogenannten freien Berufe zu leiden. Hier helfend einzugreifen ist ein unabweisliches Gebot der öffentlichen Korporationen. Ueber die Art und Weise, wie diese Hilfe zu organisieren und wie die nötigen Mittel aufzubringen seien, ist zwischen der Großh. Regierung, den Kreisen und den Gemeindevertretungen eingehend verhandelt worden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Gründung einer Kreishilfskasse. Die Mittel der Kasse sollen bestehen aus 1. dem sogenannten Landwehrfonds mit 37 614.67 M, 2. Rücklagen der Kreiskasse mit 50 000 M und 3. aus Anlehensmitteln bis zu 500 000 M. Die Gemeinde kann sich in verschiedener Weise an der Hilfeleistung beteiligen:

1. sie kann selbst Darlehen an die Hilfsbedürftigen geben; für diesen Fall ist vorgesehen, daß die Kreishilfskasse den 3 Prozent übersteigenden Betrag der landesüblichen Zinsen an Stelle des Unterstützten der Gemeinde bezahlt und ihr zwei Drittel des etwa entstehenden Ausfalls ersetzt;

2. die Kreishilfskasse gibt das Darlehen, wenn die Gemeinde des Wohnsitzes sich bereit erklärt, ein Drittel des etwa entstehenden Ausfalls zu tragen.

In Uebereinstimmung mit dem Kreisausschuß Karlsruhe ist der Stadtrat der Auffassung, daß hier von der erstgenannten Möglichkeit kein Gebrauch gemacht werden sollte. Schon wegen der gleichmäßigen Handhabung empfiehlt es sich, daß eine Stelle über sämtliche Gesuche entgültig entscheidet. Auch müßte, wenn die Stadt selbst Darlehen ausgibt, entweder in jedem einzelnen Falle die Zustimmung des Bürgerausschusses eingeholt werden, was schon wegen des Zeitverlustes und der Oeffentlichkeit der Verhandlung sich nicht empfiehlt, oder es müßte neben der Kreishilfskasse auch noch eine besondere städtische, mit Kapital ausgestattete Hilfskasse gegründet werden, was im Interesse der Einfachheit und Klarheit der Organisation nicht erwünscht wäre.

Dagegen erscheint die zweite der vorgesehenen Möglichkeiten durchaus sachgemäß. Das Verfahren ist in der Weise gedacht, daß der Stadtrat, nachdem die Verhältnisse hinreichend klargestellt sind, die Gesuche durch einen Ausschuß unter dem Vorsitz des dem Stadtrat angehörenden Vorsitzenden des Kreisausschusses prüfen läßt, und auf Grund seines Berichts Entschließung trifft, ob die Stadt die Ausfallbürgschaft übernehmen soll.

Begreiflicherweise fehlt es zurzeit an jeder Grundlage dafür, wie hoch der Betrag der zu gewährenden Unterstützungen oder gar des vermutlichen Ausfalls etwa sein wird. Es wird vorgeschlagen, den Höchstbetrag des von der Stadt zu übernehmenden Risikos vorläufig auf 500 000 M festzusetzen. Sollte der Betrag wider Erwarten nicht ausreichen, so wird eine erneute Beschlußfassung des Bürgerausschusses eingeholt werden.

Den Grundsätzen für Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes durch Kriegshilfskassen mit staatlichen Zuschüssen

entnehmen wir folgendes:

Gegenstand der Mittelstandshilfe ist die Gewährung von Beihilfen an selbständige Angehörige des Mitelstandes, die durch den Krieg in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind. Zum selbständigen Mitelstand gehören die selbständigen Handwerker, kleinere und mittlere Gewerbetreibende, kleine Fabrikanten, kleine Kaufleute, Wirte, Schiffer, Fischer und Landwirte, mit Betrieben von kleinem oder mittlerem Umfange. Außerdem können Beihilfen aus der Kasse erhalten die Angehörigen der sogenannten freien Berufe wie Aerzte, Rechtsanwälte und Künstler.

1. Voraussetzung der Gewährung der Beihilfe ist, daß der Antragsteller Reichsangehöriger ist und in der Regel, daß er mindestens ein Jahr vor Ausbruch des Krieges in Baden gewohnt hat.

2. daß die auf anderem Wege nicht zu beseitigende wirtschaftliche Notlage des Antragstellers durch den Krieg herbeigeführt ist und daß durch die Gewährung der Hilfe die dauernde Wiederaufrichtung des selbständigen Geschäftsbetriebes des Antragstellers mit Sicherheit zu erwarten ist;

3. daß der Antragsteller mindestens dann, wenn er Handwerker oder Gewerbetreibender ist, ordnungsmäßige Bücher führt, oder daß er sich zur ordnungsmäßigen Buchführung verpflichtet und daß er sich bereit erklärt, den Beauftragten der Kreishilfskassen auf Verlangen jederzeit Einsicht in seine Bücher zu gewähren.

Die Beihilfe besteht in der Leistung von Zinszuschüssen für Darlehen, welche Kreditgenossenschaften oder sonstige Kreditanstalten oder Gemeinden aus eigenen Mitteln an die hilfsbedürftigen Mittelstandsangehörigen ihres Bezirkes gewähren, ausnahmsweise in der Hingabe von Darlehen, die im Regelfalle den Betrag von 2500 M, in Ausnahmefällen von 3000 M nicht übersteigen sollen und in Teilbeträgen in der Regel in 5 Jahren zurückzuzahlen sind. Der Zinsfuß für solche Darlehen soll regelmäßig 3 v. H. nicht übersteigen.

Träger der Mittelstandshilfe sind die von den Kreisen errichteten Mittelstandshilfskassen (Kreishilfskassen).

Die Anträge auf Gewährung von Darlehen sind in der Regel zu stellen:

a) von den Mitgliedern einer Kreditgenossenschaft bei der Kreditgenossenschaft;

b) von denjenigen Personen, welche eine Sparkasse oder eine sonstige öffentliche oder private Kreditanstalt in Anspruch nehmen wollen, bei der betreffenedn Verwaltungsstelle;

c) im übrigen beim Gemeinderat (Stadtrat) der Gemeinde, in welcher der Antragsteller seinen Wohnsitz hat. Lehnt die Kreditgenossenschaft oder die sonstige Kreditanstalt das Gesuch ab, so kann der Antragsteller sich an die Gemeinde wenden.

Letzte Drahtberichte.

Irrtum eines deutschen Fliegers.

WTB. Haag, 8. März. (Meldung des Korrespondenz-Bureaus) Amtlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung der niederländischen Regierung ihr tiefes Bedauern ausgesprochen habe, daß ein deutsches Flugzeug in den niederländischen Hoheitsgewässern bei der Ankunft eines englischen Geleitzuges am 27. Februar eine Bombe abgeworfen habe. Die Bombe fiel aus dem Apparat, als der Flieger bemerkte, daß er sich über niederländischen Hoheitsgewässern befand und plötzlich eine Wendung machte, um den Kurs zu ändern.

Ministerkrisis in Portugal.

B.TB. Lissabon, 7. März. Die unionistischen Minister lehnten es ab, dem allgemeinen Stimmrecht für die Präsidentschaftswahl ihre Zustimmung zu geben, infolgedessen brach eine Ministerkrise aus.

Die deutsche Regierung und die Flamen.

WTB. Brüssel, 7. März. (Nichtamtlich.) Der Generalgouverneur Generaloberst Freiherr von Falkenhausen empfing gestern nachmittag die Bevollmächtigten des Rates von Flandern zur Entgegennahme der Mitteilung von der Neubildung des Rates. Der Generalgouverneur erwiderte hierauf mit einer Ansprache, in der er sie zu dem Ergebnis der Neuwahl zum Rate von Flandern beglückwünschte. Der Generalgouverneur fuhr fort: Der Reichskanzler und ich stehen nach wie vor auf dem Boden der Erklärung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 3. März 1917, der seinerzeit Ihrer Abordnung versicherte, daß das Deutsche Reich bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun wird, um die freie Entwickelung des flämischen Stammes zu fördern und sicher zu stellen. In Verfolg der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 ist die Verwaltungstrennung durchgeführt worden mit dem klaren politischen Ziel dem flämischen Volk zu seiner Selbständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl, seiner besonderen Kultur und seiner ruhmvollen Geschichte entspricht. Der warmen Unterstützung des deutschen Volkes und seiner Regierung dürfen Sie sich dabei versichert halten. Die Mittel, durch die Flanderns Selbständigkeit nach dem Friedensschluß gesichert werden soll, zu bestimmen, bleibt den Friedensverhandlungen vorbehalten. Diese Selbständigkeit grundlegend zu beeinflussen, wird vor allen Dingen auch Sache des flämischen Volkes selbst sein. Flanderns Volk wird erkennen müssen, daß es jetzt oder nie die Grundlage für seine Selbstständigkeit zu schaffen vermag, auf die es einen unzweifelhaften Anspruch hat.

Das österreichische Budgetprovisorium.

⊙ Wien, 7. März. (Abgeordnetenhaus.) Vor der Abstimmung über das Budgetprovisorium gab der Obmann des Polenklubs, Graf Bavarosky die Erklärung ab, daß die Polen zum Zeichen des Protests gegen die von ihnen bekämpfte Politik, wodurch die Gefühle und Lebensinteressen des polnischen Volkes verletzt würden, der österreichischen Regierung für das Budgetprovisorium ihre Stimmen versagen, daß sie jedoch der ihnen an allerhöchster Stelle zuteil gewordenen Zusicherung vertrauen, daß die ihnen gewogene Politik des Kaisers Franz Josef in Kraft treten und weiterhin beibehalten werden soll. Die Polen werden aber, um die mit der Ausschaltung des Parlaments verbundenen Gefahr eines Gewaltregimes von der Bevölkerung abzuwenden, sich von der Abstimmung fernhalten. Das Budgetprovisorium wurde hierauf angenommen. Par. 1, enthaltend die allgemeine Ermächtigung zu Ausgaben und Einnahmen wurde mit 240 gegen 121 Stimmen angenommen. Dafür stimmten auch die deutschen Sozialdemokraten und die Ukrainer, dagegen die Tschechen und Südslaven, sowie die polnischen Sozialdemokraten. Par. 2, enthaltend die Kriegsausgaben, wurde mit 203 gegen 161 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten neben den vorher genannten Abg. auch die deutschen Sozialdemokraten. Par. 3, betr. 6 Milliarden Kriegskredit, wurde in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 165 Stimmen angenommen. Darauf erfolgte die Annahme des Budgetprovisoriums auch in dritter Lesung.

Die Wut der französischen Presse.

WTB. Bern, 8. März. Die französische Presse veröffentlicht einen Brief des Zaren vom 30. April 1916 a. St., den der Zar dem damals in Rußland weilenden Viviani für Poincaré mitgab. Der Zar spricht darin in ausdrücklichster Weise den Wunsch aus, daß alle Alliierten alle Mittel in den Dienst der gemeinsamen Sache stellten. Rußland seinerseits scheue vor keinem Opfer zurück, um der Sache der Alliierten zum Triumph zu verhelfen. Die reaktionären Zeitungen sehen in diesem Brief einen Beweis dafür, daß der Zar der Entente stets die Treue bewahrt habe. Der „Figaro" erklärt, die Idee des Sonderfriedens sei maximalistisch. Der „Gaulois" predigt ganz offen die Wiederaufrichtung des Zarentums. Frankreich habe niemals einen so treuen Bundesgenossen besessen wie den Zaren. Diese Bemühungen, den Zarismus in Frankreich wieder Anhänger zu verschaffen, werden von der sozialistischen Presse in schärfster Weise zurückgewiesen.

WTB. Bern, 8. März. Der Friedensschluß mit Rußland wird in den französischen Blättern vom 3. und 4. März nur kurz besprochen und ruft heftigste Wutausbrüche hervor. Die Kapitulation übersteige alles erdenkliche. Sie sei eine Schmach, eine Schande und ein Verrat. Der „Petit Parisien" erklärt: Außer vom Vierbund werde der Vertrag von keiner europäischen Macht anerkannt werden. Der „Matin" sagt: Die Bolschewiki brechen zusammen. Sie sind der allgemeinen Verachtung preisgegeben. Für das Heil Rußlands ist es die höchste Zeit, daß anderweitig Hilfe kommt.

Die englischen Kriegsausgaben.

WTB. London, 8. März. Im Unterhause brachte Bonar Law einen Gesetzentwurf über einen Kredit von 600 Millionen Pfund Sterling ein und führte dabei aus, es sei die größte Einzelkreditvorlage, die vor das Haus gebracht worden sei. Der Durchschnitt der täglichen Kriegsausgaben seit Beginn des Finanzjahres vom 1. Februar ab betrage 6 557 000 Pfd. St. Mit Bezug auf die den Alliierten gegebenen Anleihen sagte er, er erinnere an das, was sich in Rußland ereignet habe. Dies mache es zweifelhaft, ob die ganze an Rußland vorgestreckte Geldsumme zurückerstattet werden würde. Die gegenwärtige Ueberschreitung der Ausgaben über den Haushaltsvoranschlag werde auf 154250000 Pfund Sterling geschätzt. Die Hauptsteigerung sei durch das Heer verursacht. Eine der Ursachen sei die Ausdehnung der Kriegshandlungen in Mesopotamien und Palästina. Die Mehrausgaben für die Flotte von rund 13 Millionen seien verursacht worden durch das Anwachsen des Mannschaftsbestandes, Löhnung und Unterhalt. Mehr als 17 Millionen seien nötig, um den Brotpreis nicht steigen zu lassen. Die Anleihen an die Alliierten erreichten 1264 Millionen und an die Dominions 108 Millionen. Dies stelle eine Zunahme von 437 Millionen an die Alliierten und nur 32 Millionen an die Dominions dar. Die Bestandsziffern der Vorschüsse an Rußland können im Augenblick nicht angegeben werden, sollen aber möglichst bald mitgeteilt werden. Den Schätzungen nach wird die Staatsschuld am Ende des laufenden Etatsjahres 5900 Millionen nicht übersteigen, einschließlich 1600 Millionen Darlehen an die Verbündeten und die Dominions.

Kleine Mitteilungen.

Ein Schieberlager.

* **Köln**, 8. März. Mehrere Hundert Zentner Speck lagerten bei einem Metzgermeister; als Eigentümer kamen neben ihm ein Versicherungsdirektor, ein Gefreiter und eine Opernsängerin in Frage. Bei letzterer sprach ein Polizeibeamter vor, der sich als Abnehmer für den Speck ausgab, von dessen Vorhandensein er Wind bekommen hatte. Man wurde handelseinig, und so konnte die ganze Speckmenge beschlagnahmt werden.

Explosion.

WTB. London, 8. März. Das Reutersche Büro meldet amtlich: In einer kleinen Werkstätte der Regierung im Süden von London ereignete sich am 1. d. M. eine Explosion. Vier Personen wurden getötet und eine verletzt. Die Werkstätte ist zerstört.

Wetterbericht des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrographie.

Voraussichtliche Witterung am 9. März: wechselnd, bewölkt, meist trocken, leichter Frost.

Wasserstand des Rheins am 8. März, früh.

Schusterinsel 100, gestiegen 4; Kehl 196, gefallen 1; Maxau 348, gefallen 4; Mannheim 264, gefallen 3 Zentimeter.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Heranzucht von Gemüsesetzpflanzen.

* Durch die Knappheit der Gemüsesamen wird die Anzucht von Gemüsesetzpflanzen sehr schwierig und es bedarf daher der intensiven Ausnutzung der gärtnerischen Einrichtungen und des Kulturgeländes, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die Landwirtschaftskammer hat sich daher schon im Jahre 1915 und 1916 mit der Heranzucht von Gemüsesetzlingen befaßt. Im Jahre 1916 wurden etwa 11 Millionen von Gemüsesetzlingen angebaut und abgegeben. Im Frühjahr 1917 hat sich die Landwirtschaftskammer wiederum mit nahezu 300 Gärtnereien aus allen Bezirken des Landes in Verbindung gesetzt, um die Heranzucht von Massengemüsesetzlingen zu fördern.

Nach den eingelaufenen Angaben dieser Anzuchtstellen wurden 1917 rund 25 Millionen Pflanzen an die Bevölkerung abgegeben und zwar: Kohlarten 12 Millionen, Kohlraben 7 Millionen, Salat, Tomaten, Sellerie, Lauch 6 Millionen.

Die Landwirtschaftskammer unterstützte die Setzlingsabgabe durch bedeutende Zuschüsse. Im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt" sind die Namen der Gärtnereien, die im Jahre 1918 Gemüsesetzpflanzen heranziehen, bekannt gegeben. Die Bestellungen auf Gemüsesetzpflanzen sollten jetzt schon erfolgen, damit die benötigte Anzahl von Pflanzen rechtzeitig zur Stelle sein kann, ohne daß eine zurzeit unverantwortliche Samenvergeudung Platz greift.

Militärdienstnachrichten.

Befördert:

Zu Leutnants d. Res.: die Vizewachtmeister: Eckert (Mosbach), d. Train-Abt. Nr. 14, Mitz (Freiburg) im Feldart.-Regt. Nr. 61, dieses Regts., Wippler, Ulmer (Bruchsal), Lederle (Rastatt), Fischer (Karl) (Lörrach), Hartmann (Friedrich) (Mannheim), d. Feldart., Debus (Offenburg) im Feldart.-Regt. Nr. 83, dieses Regts., die Vizefeldwebel: Schulz (Offenburg), d. Inf., Schneider (Gustav) (Heidelberg), d. Fußart., Schindler (Freiburg), d. Inf.;

Enz (Karlsruhe), Vizewachtm. im Feldart.-Regt. Nr. 83, zum Lt. d. Landw.-Feldart. 1. Aufgeb.;

zum Hauptmann: Schaier, Oblt. d. Landw. a. D. (Stockach), zuletzt Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb. (Stockach).

Gerichtsverhandlungen.

× **Mannheim**, 7. März. Vor der Strafkammer hatten sich der 16jährige Wilhelm Walter aus Plankstadt und der Valentin Berlinghof aus Plankstadt wegen einer Reihe frecher Einbruchdiebstähle zu verantworten. Die trotz ihrer Jugend rückfälligen Burschen erhielten längere Gefängnisstrafen.

Büchertisch.

Rücksendung von Rezensionsexemplaren ist ausgeschlossen. Besprechung erfolgt nach freiem Ermessen.

Es sind folgende Bücher bei uns eingegangen:

Lujo Brentano: Elsässer Erinnerungen. Vierte bis sechste Auflage. Geheftet 3.50 M, gebunden 4.80 M.

Unter den zahlreichen Schriften, die in der letzten Zeit über Elsaß-Lothringen und seine politischen Probleme erschienen sind, stehen die Elsässer Erinnerungen des berühmten Münchener Nationalökonomen mit an erster Stelle. Sie umfassen die Jahre 1882—88, die Zeit seiner Straßburger Dozententätigkeit, und werfen bezeichnende Streiflichter auf das Verhältnis von Universität und Regierung, auf die Beurteilung der Regierungspolitik durch den Lehrkörper der unter nationalem Gesichtspunkt neu ins Leben gerufenen Kaiser-Wilhelm-Universität. Die Manteuffelsche Notabelnpolitik wird mit Recht verurteilt, aber zugleich wird betont, daß vorher und nachher keine wesentlich andere Politik getrieben worden ist. Man suchte nicht das Volk zu gewinnen — die Arbeiter wurden besonders schlecht behandelt, weil man die Fabrikanten nicht vor den Kopf stoßen wollte —, sondern die Notabeln, und trieb dadurch das Volk in die Opposition oder in die Gefolgschaft der französisch gesinnten Notabeln. Interessante Einzelheiten, die mit sehr bekannten Namen zusammenhängen, werden mitgeteilt. Wir zählen nur die Namen auf: Althoff, Richter, Ledderhose, Stempel, Bock, v. Hoffmann und v. Puttkamer, Manteuffel und Hohenlohe-Schillingsfürst, Charles Grad und Jeauneß.

Der Kernpunkt des fesselnd geschriebenen Buches bildet die Frage: Hätte man Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 Preußen einverleiben sollen. Sie wird von Brentano bejaht: „Hätte man nach der Annexion Elsaß-Lothringen in Preußen einverleibt, so wäre die Folge gewesen, daß die Talente, welche bis dahin in Frankreich weiten Spielraum für die freie Betätigung gefunden hatten, sich Preußen zugewandt hätten. Man hätte die auf der Universität Ausgebildeten in dem stammverwandten Hessen-Nassau, der Rheinprovinz, dem preußischen Thüringen, in Schlesien oder in andern Gegenden mit ähnlichen Charaktereigenschaften der Bevölkerung, wie sie die Elsaß-Lothringer haben, angestellt; das hätte ihre Betätigung auch in anderen Lebensberufen nach sich gezogen; es wäre damit eine Gemeinsamkeit des Erlebens, Sorgens und Hoffens entstanden, die zur Verschmelzung der wiedergewonnenen Lande mit Altdeutschland beigetragen hätte; vor allem aber hätten sich auf dem Wege der Verheiratung und persönlichen Freundschaft alle die persönlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und Altdeutschland herausgebildet, die mit Frankreich bestanden hatten und die so wesentlich dazu beigetragen haben, daß sich die Elsässer und die Lothringer mit den Franzosen eins gefühlt haben." (Seite 24.)

Ebenso scharfsinnig werden auch die weiteren in der Behandlung des Landes gemachten Fehler aufgezeigt, insbesondere betont, daß die Reform von 1911 zu spät gekommen ist. Die Teilungspläne werden zurückgewiesen, der Gedanke der Angliederung an Preußen aufgegeben. „Elsaß-Lothringen hat unter dem Kriege materiell und seelisch mehr als irgend ein anderes deutsches Land gelitten." Man kann ihm nicht versagen, was man den Polen und Flamen zubilligt, die Selbstverwaltung im Rahmen des Reichs, die es durch seine Vertretung aufs neue entschieden verlangt hat. Damit dürfte leider die Freizügigkeit schwer vereinbar sein, die Brentano retten möchte, der Austausch der Talente zwischen Elsaß-Lothringen und Preußen, es sei denn, daß er allgemein eingeführt würde, wofür sich viele sagen ließe.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

1. März: Kurt Hans, V. Wilhelm Trefzer, Maschinenarbeiter; Hedwig, V. Aug. Scharf, Rangierer; Rudolf Karl, V. Rudolf Schwauer, Kaufmann. — 3. März: Günther Robert Willi, V. Robert Reißfelder, Kaufmann; Theobald, V. Theobald Ehlinger, Schuhmacher. — 5. März: Heinri Friedrich, V. Gottlob Schilpp, Oberkellner; Johanna, V. Karl Hoffäß, Steindrucker.

Eheaufgebote.

5. März: Nikolaus Weber von Gosheim, Bierbrauer hier, mit Berta Schell von Hüfben; Paul Goetz von hier, Justizaktuar hier, mit Elisabeth Lang von Straßburg i. Els.; Albert Reichel von Gaggenau, Kanzleidiener hier, mit Theresia Schuhbauer, Witwe, geb. Dillmann, von Ettlingen; Ferdinand Brenzinger von hier, Kaufmann, zurzeit Bezirksfeldwebel in Mülhausen i. Els., mit Paula Küll von hier; Gabriel Heck von Bietigheim, Buchdrucker hier, mit Luise Kleinhans, Witwe, geb. Kreiteweis, von Schwarzach; August Schreiber von Winterbach, Buchhalter hier, mit Rosine Anderlohr, Witwe, geb. Meyer, von Bühren.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf den Kriegszustand fällt auch die diesjährige Frühjahrsmesse (2. bis 10. Juni d. J.) aus.

Die für die Plätze zur Spätjahrsmesse 1914, die aus dem gleichen Grunde ausfallen mußte, geleisteten Anzahlungen (Draufgeld) werden den Beteiligten auf Antrag zurückerstattet, andernfalls für die Spätjahrsmesse 1918, falls solche abgehalten werden kann, gutgeschrieben. N 12

Karlsruhe, den 2. März 1918.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 13 April 1916 und der Verordnung Großh. Ministeriums des Innern vom 20. April 1916 **den Verkehr mit Knochen** 2c. betr. für die Stadt Karlsruhe getroffene Anordnung vom 14. Februar 1917 erhält mit sofortiger Wirkung folgende Fassung:

1) Knochen, die in Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten abfallen, dürfen nicht verbrannt, vergraben oder auf andere Weise vernichtet, noch unverarbeitet zu Düngezwecken verwendet werden, sondern sind so rasch als möglich an den Metzger zurückzuliefern, von dem die Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten Fleisch beziehen.

2) Diese Knochen werden in der im Schlachthof errichteten Knochenentfettungsanlage zur Gewinnung von Speisefett verarbeitet.

3) Das gewonnene Fett wird an die Haushaltungen, die Knochen abgeliefert haben, nach Maßgabe der abgelieferten Knochenmengen durch die Metzger verkauft.

Karlsruhe, den 22. Februar 1918. N 5

Der Stadtrat.

Neues Konzerthaus

Gesangverein

„Concordia"

e. V., Karlsruhe.

Sonntag den 10. März 1918,
nachmittags 1/2 4 Uhr beginnend,

KONZERT

zugunsten des Bad. Heimatdankes.

Mitwirkende:

Pianistin Fräulein **Tina Koch**, Karlsruhe;
Großh. Bad. Hofopernsänger Herr **Josef Schöffel**, Karlsruhe
der Mädchenchor der Töchterschule;
Mitglieder des Instrumentalvereins;
der Männerchor der Concordia.
Musikalische Leitung: Herr Chormeister **Heinrich Lechner.**
Am Flügel: Herr Kapellmeister **Arthur Kusterer.**

Numerierte Plätze (einschl. Kleiderablage) zu **Mk. 2.20, 1.70** und **1.20** sind im Vorverkauf in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert,** Kaiserstraße 159, Telephon 638, und in der Musikalienhandlung **Fritz Müller,** Ecke Kaiser- und Waldstraße, Telephon 388, sowie **mittags an der Hauptkasse** zu erhalten. 1268

Weinhandlung.

Zur wesentlichen Ausdehnung einer in Baden bestehenden **Weingrosshandlung** wird 12019

tüchtiger Fachmann gesucht.

Derselbe muss die Fähigkeit haben, sowohl in kaufmännischer wie technischer Beziehung selbständig zu arbeiten und mit den Einkaufsverhältnissen vertraut sein. Kapital-Beteiligung erwünscht, aber nicht Bedingung, Stellung grösserer Kaution aber erforderlich. Nur auf erste Kraft wird reflektiert. Angebote unter Zusicherung von Verschwiegenheit befördern unter **C. D. 885 Haasenstein & Vogler A.-G. Frankfurt a. M.**

Geschäfts-Anzeige.

Unsere verehrlichen Kunden und Gönner benachrichtigen wir ergebenst, daß die Fortführung der

Hofmusikalienhandlung

FR. DOERT

durch das Ableben der langjährigen Geschäftsleiterin Fräulein Emilie Doert keine Störung erfährt, sondern in der seitherigen streng reellen und vornehmen Weise unter fachmännischer Leitung von den Erben weitergeführt wird.

Das dem elterlichen Geschäft seither entgegengebrachte Wohlwollen bitten wir uns auch fernerhin bewahren zu wollen.

Familie **Fr. Doert.**

Karlsruhe, 20. Februar 1918. 1282

Soeben erschien:

Hans Raithel / Männertreu

Eine Bauerngeschichte

Preis geheftet 3 Mark, gebunden 5 Mark

Eine neue warmherzige, von tiefem, stillem Humor erfüllte Erzählung dieses echten Dichters, die sich seinen früheren Geschichten aus dem oberfränkischen Land würdig an die Seite stellt und ihm zu der Bewunderung der Kenner die Liebe weitester Kreise des deutschen Volkes gewinnen wird. 8014

Zu haben in den Buchhandlungen

Verlag von Albert Langen in München

In dieser ernsten Zeit kommt das **Harmonium-Spiel** ganz besonders zur Geltung. Es ist in der 12083
häuslichen Musik
Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM
die Königin der Hausinstrumente
HARMONIUM
sollte in jed. Hause zu finden sein
HARMONIUM
mit edl. Orgelton von 66—2400 M
HARMONIUM
auch v. Jederm. ohne Notenk. 4st. spielbar
Prachtkatalog **umsonst.**
Alois Maier, Hofl., **Fulda.**

Kunsthandlung
SCHWARZ
Kaiserstr. 225
Oelgemälde
Karlsruher Künstler. 1061

Fräulein wünscht bis 1. Mai oder 1. Juni Stelle zu einem Herrn oder Dame. Ersteres bevorzugt, als
Privat-Pflegerin.
Dieselbe hat Erfahrung in Nervenpflege. Gefl. Off. u. **A. 225** an **Haasenstein & Vogler A.-G. — Mannheim.** — 12017

Straßen- u. Fabrik-
Besen

ca. 8 cm. breit und 30 cm. lang
Postpakete, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt p. Nachnahme Stück **4.80 Mk.** oxkl.
Verpackung unfrankiert, bei Dutzendabnahme franko incl. Verpackung. 8004
Besen- u. Bürsten-Industrie
Celle i. H. 350 Arbeiter.
Vertreter und Händler
überall gesucht.

Deutsche Hypothekenbank
(Actien-Gesellschaft) in Berlin.

Die am **1. April 1918** fälligen **Zinsscheine** unserer **Pfandbriefe** und **Kommunalobligationen** werden bereits vom **15. d. M.** ab in **Karlsruhe i. B.**

1. bei der **Filiale der Rheinischen Creditbank**
2. bei dem **Bankhause Heinrich Müller**

eingelöst.

Berlin, den 5. März 1918.

15027 **Der Vorstand.**

Stoffschuhe und Pantoffel
aus Abfällen usw. fertigt Jeder sofort nach meinem präm. Lehrbuch mit Maßstäben und Schnitten an. 8007
Preis des Werkchens 1,25 Mk. per Nachnahme.
Willi Franke Beesenstedt 341 bei Halle a. S.

Großherzogl. Hoftheater. 1081

Spielplan für die Zeit vom 10. März bis 18. März 1918.

So. 10. im Hofth. B. 42. Die Fledermaus. 1/27 bis geg. 3/10 (6 M), im Konzerth. Herrschaftlicher Diener gesucht. 7 bis (1—3.50 M). — Mo. 11. A. 42. Gyges und sein Ring. 7 bis geg. 10 (4.50 M). — Di. 12. C. 43. Zum erstenmal: Frauenlist, musikalisches Lustspiel in 1 A., Musik von Hugo Röhr. Klein Idas Blumen. 7 bis (6 M). — Do. 14. im Hofth. VI. Sinfoniekonzert der Hofkapelle. Solisten: Karl Flesch aus Berlin (Violine). — 1. Erste Sinfonie in C-Dur v. Beethoven; 2. Violinkonzert in A-Dur von Mozart; 3. Nachtpsalmen, Gedicht von Heinrich Vierordt, Musik von A. Lorentz (Zum erstenmal); 4. Serenade von Tschaikowsky und Mazurek von Dvorak; 5. Till Eulenspiegels Lustige Streiche von R. Strauß. 1/8—1/10 (1 bis 5 M); im Konzerth. Die Journalisten. 7 bis geg. 10 (1—3.50 M). — Freit. 15. B. 43. Der fliegende Holländer. 7 bis geg. 10 (6 M). Sa. 16. A. 44. Wilhelm Tell. 1/27 bis n. 10 (4.50 M). — So. 17. im Hofth. C. 42. Mignon. 1/27—1/10 (6 M), im Konzerth. Jugendfreunde. 1/27 bis geg. 1/9 (1—3.50 M). — Mo. 18. A. 43. Frauenlist. — Klein Idas Blumen. 7 bis (6 M). — Im Gr. Theater in Baden-Baden. Sa. 16. Der Barbier von Sevilla. 1/27 bis n. 1/10. — In Vorbereitung für die Osterfeiertage: Faust I. Teil (in neuer Ausstattung).